

Verantwortung für die Freiheit

Ein abschließendes Wort zu einem aktuellen Thema

Von Fritz Sängler

Mitglied des Deutschen Presserates

Aus der CDU sind wieder einmal gute Worte zum Thema Pressefreiheit zu hören. Das war bisher noch immer so, wenn es sich um Deklamationen handelte. Wenn es jedoch um die Praxis ging, versuchte man sich umso intensiver in der Realisierung von Auffassungen einer "geordneten Pressefreiheit", die z.B. zu Informationsgesprächen nur bestimmte Journalisten und Zeitungen hinzuzog und andere, zufällig der Opposition zuzurechnende, ausschloß. Das geschah nicht nur gelegentlich, sondern über Jahre hinweg. Wenn also von dem Thema Presse- und Informationsfreiheit die Rede ist, könnte unsereins einiges aus der Praxis beitragen, was das Verhalten von Regierungen von 1949 bis Ende 1966 betrifft und dazu das Tun maßgebender und entscheidender Persönlichkeiten der CDU/CSU. Man könnte dann auch hinzufügen, welchen Schaden dieses Verhalten für die Bundesrepublik gebracht hat.

Wieder einmal wird ein ernsthaftes Bemühen unzedlich verzerrt. Nein, Kritik verstößt nicht gegen die "nationalen Interessen", wenn sie weder infam noch böswillig, weder unwahrhaftig noch unsachlich ist. Darum geht es, nicht um die Kritik überhaupt. Was sich da einige Zeitungen in der Bundesrepublik in den letzten Wochen geleistet haben, kann kein redlicher Beobachter als hilfreichen Beitrag zur Lösung einer unaufschiebbaren politischen Aufgabe bewerten. Kontrolle und Kritik ist und bleibt gewiß auch die Aufgabe der Presse. Es kommt aber auf das Wie an, auf das Maß! Wenn es dabei unterschiedliche Maßstäbe geben wird - an eins sollten sich alle halten: Der Schutz des Friedens und die Sicherung friedlicher und aufbauender Zusammenarbeit der eigenen

Nation mit allen anderen - diese Grundsätze sollten jederzeit vorangehen.

Die deutsche Geschichte in diesem Jahrhundert hat eindrucksvolle Lehren darüber erteilt, welche Folgen es hat, wenn verantwortungslos, ungezügelt und hinterhältig polemisiert wird. Zu viele Zeitgenossen haben offensichtlich davon zu geringe Kenntnisse und wollen sie auch nicht erweitern. Solchen Kritikern geht es allein um die Chance, angreifen zu können. Sie unterscheiden dann in aller Regel nicht zwischen Interessen einer politischen Richtung und denen der Nation. Meinungen sind frei und müssen frei sein, wenn ein Volk leben will. Das heißt jedoch sicher nicht, daß sie ohne Bedacht, ohne Rücksicht auf Folgen und oft nur zur eigenen Erleichterung hinausgeschrieben werden. Es kann doch mit der Zuverlässigkeit und Ernsthaftigkeit nicht stimmen, wenn am Donnerstag behauptet wird, am Freitag dementiert, am Sonnabend bedingt wiederholt, am Sonntag anders akzentuiert erneut behauptet und am Montag am ursprünglichen Platz endgültig verworfen wird - dies indessen nur noch für den Kenner deutlich, nicht mehr für die Masse der Leser.

Keine Regierung eines demokratisch verfaßten Staates hat das Recht, das Einhalten der Verantwortung einer Zeitung zu bestimmen, aber sie hat die Pflicht und das Recht zur Auseinandersetzung mit solcher Zeitung. Wir jedoch, in deren täglicher Arbeit die freie Information und Meinungsäußerung berufliche Verpflichtung und Voraussetzung sind, wir haben das Recht und die Pflicht zur Kritik an denen, die dazu beitragen, daß Grundgesetze der Pressefreiheit in Gefahr geraten und in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt werden. Zum Schutz der unabhängigen Presse und ihrer Leser müssen wir Methoden der Irreführung, der Halbwahrheiten, der Schein-Geheimnisse und des Verschweigens kennzeichnen und bandmarken. Wer sich getroffen fühlt, der ist gemeint.

+ + +

Flügelkämpfe in der Union

"Linkes" Programm unter "rechtem" Trommelfeuer

Die nach außen so geschlossen erscheinende Unionspartei - ein Eindruck, den sie durch pausenlose Kritik an der Bundesregierung zu festigen und verstärken sucht - befindet sich tatsächlich in der Vorphase heftigster Auseinandersetzungen, die in den nächsten Wochen und Monaten noch intensiver werden dürften. Im Vorfeld des Hamburger CDU-Parteitages vom November spielen sich nicht nur immer schärfer werdende Kulissenkämpfe um die Nachfolge des nun auch als Parteivorsitzenden abzulösenden ehemaligen Bundeskanzlers Kurt-Georg Kiesinger ab, wobei sich die "Königsmacher" der betrüblichen Tatsache gegenübersehen, daß sie bis jetzt noch keinen Politiker gefunden haben, der genügend Ausstrahlungskraft hätte, um wirklich Zustimmung aus allen Unionskreisen zu bekommen. Diese Bitterkeit wird den CDU-Politikern nicht dadurch versüßt, daß auch der "starke Mann" der CSU, Franz Josef Strauß, nicht mehr ohne Sorgen sein kann, weil ihm in der Person des Bundesratsministers Dr. Heubl eine echte Führungskonkurrenz mit brauchbaren Erfolgchancen erwachsen ist.

Die unionsinternen Auseinandersetzungen haben aber nicht nur diese personelle Seite. Mindestens ebenso schwer und für das "Unions"-Image der CDU gefährlich sind die bereits greifbar deutlich gewordenen Differenzen um den Entwurf des neuen Programms, das der Hamburger Parteitag verabschieden soll. Dieser Entwurf, der das praktisch nicht in Kraft getretene Berliner Programm ersetzen soll und von dem NRW-Landesvorsitzenden Heinrich Köppler und dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und Parteichef Dr. Helmut Kohl maßgeblich beeinflusst worden ist, birgt eine ganze Menge innerparteilichen Sprengstoffs in sich. Die deutsche Öffentlichkeit hat bisher viel zu wenig Sachkenntnis von diesen Programmformulierungen genommen, die sich bemühen, der CDU ein erheblich fortschrittlicheres Gesicht zu geben, als das unter dem Regime der "alten Konservativen" möglich gewesen war, die bisher mit und nach Adenauer diese Kompromißpartei geführt haben.

Diese Tendenz und dieses Ziel mußten angesichts der inneren Struktur der CDU auf heftigen Widerspruch stoßen. Das erste Donner-

wetter bot sich jedenfalls einem interessierteren Teil der deutschen Öffentlichkeit in der August-Nummer der CDU-Wirtschaftsrat-Zeitschrift "Dialog" dar, die sich nahezu ausschließlich mit diesem CDU-Programm-Entwurf beschäftigte und eindeutig Front gegen alle Aspekte bezog, die auch nur andeutungsweise "links-verdächtig" sein könnten. Die Kritik gipfelt in dem Gesamtvorwurf, daß sich das Vorhaben in seiner Terminologie und teilweise auch im Inhalt als eine weitgehende Annäherung an das Programm der SPD zeige. Es wird anerkannt, daß es der Hauptzweck des neuen Programms sein solle, der CDU bei künftigen Wahlen neue Wähler zuzuführen, was durchaus legitim sei. Nur, so wird hart festgestellt, scheine es fraglich, ob es möglich sei, das Gewicht des neuen CDU-Programms nach links zu verlagern, um eben damit diese neuen Wähler zu gewinnen, ohne zugleich im eigenen Lager Verluste hinnehmen zu müssen.

Deutlicher konnte der insbesondere auch finanziell und wirtschaftlich potente Wirtschaftsrat der CDU den mahnenden und warnenden Finger nicht hochheben. Es muß dabei vermerkt werden, daß diese feindselige Kritik nicht etwa nur dem ökonomischen und gesellschaftspolitischen Teil des Programmentwurfs gilt, für den man die CDU-Sozialausschüsse verantwortlich macht, sondern auch z.B. den Deutschland- und ostpolitischen Kapiteln. Der baden-württembergische Landesbeauftragte dieses CDU-Wirtschaftsrates, MdB Julius Steiner aus Sigmaringen, forderte unumwunden die "Korrektur" dieser Entwurfsziffern, weil sie sachlich anfechtbar seien und die Lösung der nationalen Fragen künftig den Kommunisten überlassen würden. Schon die Titel- und Zwischenzeilen sind selbst ein Anti-Programm: "Leichtsinn?", "Schrittweise Revision?", "Apolitische Haltung" und "Fragwürdige Anpassungsbereitschaft".

Insgesamt sieht der Wirtschaftsrat der CDU in dem Programm-entwurf die Gefahr einer Abkehr von den Grundsätzen der Christlich-Demokratischen Union. Die Bonner Parteiführung hofft diese aufflammenden Programmauseinandersetzungen durch eine breitangelegte parteiinterne Diskussion abfangen zu können, um in Hamburg nicht das Bild einer dem eigenen Namen widersprechenden Union zeigen zu müssen. Man wird sehen, ob und wie weit die jetzt amtierende CDU-Führung, der es nahezu an allem ermangelt, was Führung bedeutet und beinhaltet, diese Kanalisierungsabsicht wird verwirklichen können. Die kritische Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit ist ihr dabei nur zu gewiß.

Gleichzeitig planen und handeln

Unsere Schulen brauchen mehr Lehrkräfte

Knapp 60 Millionen DM im Jahre 1971, etwa 190 Millionen DM im Jahre 1974 will die Bundesregierung für die "Graduiertenförderung" ausgeben. Graduiert ist, wer nach einem Studium eine Abschlußprüfung abgelegt und einen akademischen Grad erworben hat. Etwa jedem fünften Absolventen eines Normalstudiums soll mit 900,- DM je Monat ein ausreichender Anreiz geboten werden, innerhalb von zwei Jahren an den Hochschulen zusätzliches Wissen zu erwerben.

Die Reform und die Erweiterung des Bildungssystems stellen nicht nur finanzielle Probleme. Die Heranbildung des Lehrernachwuchses für Vorschulen, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Weiterbildung muß heute beginnen, wenn die Pläne für das Bildungssystem der 80er Jahre auch nur annähernd verwirklicht werden sollen. Die Bildungsreform ist ein Geschäft, bei dem Planen und Handeln Hand in Hand gehen müssen.

Eine Million Studenten sollen an den Hochschulen im Jahre 1980 qualifiziert ausgebildet werden. Bundeswissenschaftsminister Prof. Dr. Leussink tut daher gut daran, schon jetzt Vorsorge für die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Hochschullehrern zu treffen. Er stützt sich dabei auf die Kompetenz des Bundes zur Finanzierung der Forschung. Die Weiterbildung der Graduierten wird überwiegend aus eigener wissenschaftlicher Arbeit, eben aus Forschung bestehen. Der Bund kann deshalb die Graduiertenförderung gesetzlich regeln und ist nicht auf den langwierigeren Weg der Vereinbarung mit den Ländern angewiesen.

Tatsächlich ist die Graduiertenförderung jedoch auch ein wichtiger Beitrag zur Hochschulreform. Der Graduierte wird in Zukunft - unbelastet von Lehr- und Verwaltungsaufgaben - schneller und effektiver mit seiner wissenschaftlichen Arbeit vorankommen. Damit wird die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die künftigen Assistenz-professoren, die ja auch lehren sollen, dies wirklich erst dann tun, wenn sie selbst über eigene wissenschaftliche Erfahrungen verfügen.

Die Verhandlungen in der neuen Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung werden zeigen, ob auch für die anderen Stufen des Bildungssystems entsprechende Maßnahmen mit vergleichbarer Schnelligkeit folgen werden. Die Kontroverse zwischen der Kultusministerkonferenz und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft über das Ausmaß des Lehrermangels hat der Öffentlichkeit gezeigt, daß zumindest das Problem auch für den Schulbereich erkannt ist. Aber damit ist es nicht getan.